
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 15. August 1998 in Schaffhausen

Tagespräsidentin: Iren Eichenberger

Dauer: 13.00 - 18.00 Uhr

1. Begrüssung

Iren Eichenberger begrüsst die Delegierten im Namen der Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen.

Thomas Feurer, Stadtrat der Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen, Vorsteher des Sozialreferats, berichtet von seiner nicht leichten Tätigkeit in einer sehr stark von der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Problemen belasteten Stadt. Er plädiert für ein ganzheitliches Denken in der Politik.

Ruedi Baumann bedauert, dass es so viel Druck brauchte, bis die Schweizer Grossbanken Zahlungen zur Wiedergutmachung leisteten. Es gehe nun darum, Lehren daraus zu ziehen für unsere heutige Flüchtlingspolitik und für die Handhabung des Bankengeheimnisses. Er erwähnt den grossartigen Einsatz vor allem der Grünen Frauen für die Genschutz-Initiative, weist auf die erfolgreiche Unterschriftensammlung zum Referendum gegen das Raumplanungsgesetz hin und präsentiert ein grünes T-Shirt mit witzigem Aufdruck mit dem Hinweis, dass mit diesem und anderen originellen Produkten die leere Parteikasse wieder gefüllt werden soll!

Erica Hennequin weist auf das 50-jährige Jubiläum der UNO-Menschenrechtskonvention hin. Leider hat sie die in allen Kulturen vorhandene Benachteiligung der Frauen nicht beseitigt. Die Grünen achten auf eine Gleichstellung von Frauen und Männern in internen Gremien und setzen sich für die Quoteninitiative ein. Die Grünen rufen die international tätigen Unternehmen auf, sich in den jeweiligen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. Sie erwähnt die verschiedenen Vorstösse im Parlament

(Chiapas, Südafrika, Kosova) und spricht sich für die Erhöhung der Entwicklungshilfegelder auf mindestens 0,4 Prozent des Brutto- sozialprodukts aus.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen werden Maja Näf, Gabriela Bader und Ruedi Vögtlin gewählt.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird unter Berücksichtigung einer kleinen sprachlichen Korrektur einstimmig genehmigt.

Für die Erneuerung des Vorstandes liegt eine Liste mit den Vorschlägen der Kantonalparteien vor. Die Quotenregelung wird mit diesen Vorschlägen erfüllt. Der neue Vorstand wird einstimmig gewählt. Egon W. Schneebeili, der als zusätzliches Vorstandsmitglied kandidiert, wird herzlich eingeladen, an der nächsten Vorstandssitzung teilzunehmen. Anschliessend könne die Wahl für die nächste DV traktandiert werden.

In ihren Funktionen einstimmig bestätigt und verdankt werden Hans Beat Schaffner als Trésorier sowie Heinz Hintermeister und Christoph Stadelmann als Revisoren.

Hans Beat Schaffner erläutert die Rechnung 1997. Diese stimmt auf der Ausgabenseite mit dem Budget 1997 überein, die Einnahmen blieben allerdings unter den Erwartungen, weshalb ein Ausgabenüberschuss von 39'349 Franken resultierte.

Heinz Hintermeister hält im Revisionsbericht fest, dass die Buchhaltung korrekt geführt wurde. Die Revisoren schlagen folgendes Massnahmenpaket zur Sanierung der Parteifinzen vor:

- Die Rechnung 1998 muss, entgegen dem Budget, positiv abschliessen
- Der Vorstand muss für 1999 ein ausgeglichenes Budget vorlegen
- Der Vorstand wird beauftragt, ein Konzept zur mittelfristigen Schuldentilgung auszuarbeiten
- Die Finanzen der Tandem-Initiative müssen offengelegt werden und sind von denjenigen der Grünen abzugrenzen

Hans Beat Schaffner erklärt, dass sich der Vorstand mit den Anträgen der Revisoren in seiner Sitzung befasst und einverstanden

erklärt hat. Einzig Punkt 4 muss mit den Verantwortlichen noch besprochen werden. Es ist aber bereits jetzt so, dass die Finanzen der Tandem-Initiative abgegrenzt werden, einzig die Darlehen werden von der Partei verwaltet. Er verspricht, dass die Anträge in der Geschäftsleitung diskutiert und weiterverfolgt werden. Ruedi Baumann ruft alle Parteimitglieder auf, Ideen zur Finanzbeschaffung zu entwickeln und teilt mit, dass als Signal in diese Richtung die Fraktionsabzüge auf 12 % erhöht wurden. Die Rechnung 1997 wird mit einer Enthaltung angenommen.

Hans Beat Schaffner präsentiert das ausgeglichene Budget 1999. Der Posten Lohnkosten ist höher als 1997, da das Sekretariat in Bern im Hinblick auf das Wahljahr aufgestockt wurde. Das Budget 1999 wird einstimmig genehmigt.

Mit sechs Enthaltungen und zwei Gegenstimmen werden die Anträge der Revisoren entgegengenommen angenommen.

3. Grüne Position zur Verkehrspolitik

Pia Hollenstein stellt das Positionspapier zur Verkehrspolitik vor. Die Aufgabe der Grünen ist es, konkrete Vorschläge einzubringen, die sich an dem in Rio beschlossenen Kriterium der Nachhaltigkeit orientieren. Stichworte in diese Richtung sind: Umsetzung der Alpeninitiative, Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Einführung der Kostenwahrheit. Raumplanung und Siedlungspolitik müssen auf eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ausgerichtet, die Reduktion des gesamten Verkehrs angegangen werden.

In der Diskussion findet das Papier eine gute Aufnahme. Zu Diskussionen Anlass gibt der ökologische Nutzen von Hochgeschwindigkeitszügen. Es folgen Anregungen zur französischen Version des Papiers und die Aufforderung, die Zahlen nochmals zu überprüfen.

Luzius Theiler erläutert seine Anträge zum Positionspapier. Es geht ihm vor allem darum, den Verkehr in grösserem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und planerischen Vorgehen zu sehen. In Antrag 2 geht es ihm um das Festhalten an der 28-Tonnen-Limite. Jedes Nachgeben in dieser Sache gefährde das Umsteigen auf die Schiene. Diese alten Forderungen der Grünen und der Verkehrsverbände dürfen, so Luzius, nicht dem Zeitgeist geopfert werden.

Antrag 1 «Raumplanung»: Der Vorstand hat dem Antrag mit einer kleinen Änderung zugestimmt. Im Einverständnis mit Luzius soll

der letzte Satz wie folgt geändert werden: «Die von den Grünen geforderte Verkehrsverminderung erfordert Rahmenbedingungen, die die lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe fördern.» Die Einpassung in die erste Seite des Positionspapiers wird dem Sekretär überlassen. Der Antrag wird mit einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen angenommen.

Antrag 2 «28-Tonnen-Limite/Transitabkommen»: Der Vorstand beantragt dessen Ablehnung. Hauptziel ist die Umsetzung der Alpeninitiative. Wie das geschieht, soll noch offen bleiben. Erst nach Abschluss der bilateralen Verhandlungen soll eine kritische Gesamtbeurteilung der Ergebnisse vorgenommen und eine Entscheidung bezüglich des weiteren Vorgehens gefasst werden. Auch das Festhalten an der 28-Tonnen-Limite muss nicht in jedem Fall richtig sein. In der kontroversen Diskussion wird diese Haltung teilweise unterstützt, teilweise kritisiert. In der Abstimmung wird der Antrag mit 46 Nein zu 16 Ja bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Der dritte Antrag zur «NEAT» wird unter Traktandum 4 behandelt, den vierten Antrag «Bahnreform» zieht Luzius Theiler zurück.

Antrag 5 «Raumplanung»: Der Vorstand empfiehlt Annahme des Antrages. Dies wird in der Diskussion aber bestritten. Bosco Büeler schlägt folgende Änderung des Antrages vor: «Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs möglichst nahe am Ort des Verbrauchs verhindert die Entstehung von unnötigem Verkehr an der Wurzel.» Der Antrag wird mit dieser neuen Formulierung mit 30 Ja zu 22 Nein bei 6 Enthaltungen angenommen.

In der Schlussabstimmung wird das Positionspapier mit den angenommenen Anträgen und vorbehältlich der Stellungnahme zum «Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs» mit 59 Ja zu 1 Nein bei zwei Enthaltungen angenommen.

4. Abstimmungsparolen

Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

Luc Recondon betont, dass die LSVA eine wichtige Neuerung bringe, weil sie eben leistungsabhängig und nicht mehr pauschal erhoben wird. Dies ist langfristig die einzig wirksame Möglichkeit, den Gebrauch der Lastwagen weniger attraktiv zu machen. Grundsätzlich

entspricht die LSVA grünen Prinzipien, auch wenn die Grünen eine höhere Abgabe vorgesehen hatten.

Ruth Genner bezeichnet das Gesetz als Schlüsselvorgabe für die Schweizer Verkehrspolitik. Die Argumente der Gegnerschaft sind nicht ökologischer Natur. Die LSVA ist ein Schritt auf dem vom Volk beschlossenen Weg in Richtung Bahn 2000 und Umsetzung der Alpeninitiative. Der Vorstand der Grünen Partei der Schweiz hat deshalb einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

In der Diskussion wird betont, dass wir uns in den Kantonen dafür einsetzen müssen, dass der Kantonsanteil der LSVA nicht nur in den Strassenbau fliesst. In der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig gutgeheissen.

Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs

Pia Hollenstein erläutert, dass die Grünen 1991 gegen die NEAT das Referendum ergriffen hatten, weil die Vorlage überdimensioniert und unbezahlbar war. Das Referendum wurde knapp abgelehnt. In der Zwischenzeit wurde klar, dass das Projekt so tatsächlich unbezahlbar ist. Der Bund wurde beauftragt, ein besseres Finanzierungskonzept vorzulegen. Dieses liegt jetzt vor und sieht nicht mehr eine Staatsverschuldung von 50 Prozent, sondern von nur noch 25 Prozent vor. Es geht jetzt nicht mehr nur um zwei Röhren, sondern um ein gesamtes Verkehrspaket mit der zweiten Etappe Bahn 2000, der NEAT, dem Anschluss der Ost- und Westschweiz sowie den Lärmsanierungen. Die Fraktion hat sich für nur eine Röhre eingesetzt, ist aber damit nicht durchgekommen und hat sich dann bei der Schlussabstimmung mit zwei Enthaltungen für das Gesamtpaket ausgesprochen. Auch der Vorstand steht mit 13 Ja zu 1 Nein bei 2 Enthaltungen hinter der Vorlage.

In der Diskussion erinnert Luzius Theiler die Delegierten an die frühere Position der Grünen zur NEAT. Diese Vorlage biete dem Volk wohl zum letzten Mal Gelegenheit, sich zur NEAT zu äussern. Es gehe um die Frage, ob die Grünen diesmal derselben Netzvariante zustimmen wollten, die sie 1992 bekämpft haben. Die Situation habe sich nicht wirklich geändert, auch wenn die Finanzierung nicht mehr bei 50 Prozent Staatsverschuldung liege. Das Projekt sei nach wie vor überdimensioniert, die Finanzierung immer noch

ungesichert, zudem sei bekannt, dass Überkapazitäten zu Mobilitätssteigerung führten. Er stellt den Antrag auf Nein-Parole.

Nach kurzer Diskussion wird die Vorlage in der Abstimmung mit 53 Ja zu 4 Nein bei 5 Enthaltungen unterstützt. Damit entfällt auch der Antrag 3 von Luzius Theiler zum Verkehrspapier.

Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»

Ruedi Baumann betont, dass die Kleinbauern-Initiative schon erfolgreich war, weil sie den Grünen im Parlament bei der Ausarbeitung der Agrarpolitik 2002 ein grosses Gewicht gab. Viele Anliegen der Kleinbauern-Initiative sind so bereits heute in der neuen Gesetzgebung verankert. Trotzdem ist die Agrarreform nur ein Teilschritt. Die Nationalrats-Fraktion steht einstimmig hinter der Initiative, der Vorstand beantragt einstimmig, ohne Gegenstimme und bei fünf Enthaltungen, der Initiative zuzustimmen. Die Grünen haben sich vor einem Jahr an einer Delegiertenversammlung für die Initiative entschieden. Dies gilt es jetzt zu bestätigen.

Bernhard Egli unterstreicht die Wichtigkeit der Kleinbauerninitiative, dank deren Druck der Verfassungsartikel 31 teilweise in ökologischer Richtung umgesetzt wurde. Er hinterfragt aber den heutigen Nutzen der Initiative. Die Agrarpolitik 2002 erlaube ein abgestuftes Beitragssystem, während die Kleinbauern-Initiative mit Beiträgen pro Hektare alles gleichsetze. Kleinbetriebe sind zudem nicht a priori ökologischer als grosse. Mit der Plafonierung der Beiträge bei 50'000 Franken, wie es die Initiative will, werden zahlreiche grössere Betriebe nicht mehr beitragsberechtigt sein und ohne ökologische Rahmenbedingungen produzieren. Aus naturschützerischer Sicht ist dies problematisch.

In der lebhaften Diskussion stellt Fernand Cuche den Antrag auf Stimmfreigabe. In der Abstimmung wird die Initiative mit 36 Ja zu 9 Nein bei 13 Enthaltungen unterstützt. Der Antrag auf Stimmfreigabe wird mit 16 zu 37 Stimmen abgelehnt.

Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»

Cecile Bühlmann erinnert an das Dilemma von 1994, als die frauenfreundlichen Neuerungen der 10. AHV-Revision mit der Erhöhung des Rentenalters erkauft werden mussten. Die Grünen haben darauf die Tandem-Initiativen, die Gewerkschaften die Auffang-Initiative lanciert. Diese will, dass das Frauenalter beim Status quo belas-

sen wird. Eine Erhöhung des Rentenalters in der heutigen Zeit, in der über 45-jährige kaum mehr eine Stelle finden und jeder fünfte Mann über 60 nicht mehr erwerbstätig ist, ist nicht vertretbar. Ein Ja zur Auffanginitiative ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, und wird es einfacher machen, die Anliegen unserer Initiative durchzubringen. Deshalb unterstützt die Fraktion und der Vorstand einstimmig die Auffang-Initiative.

Es gibt keine Diskussion. In der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

5. Verschiedenes

Diego Hättenschwiler stellt die Resolution «Neben Nazi- auch Apartheid-Zeit angehen» vor: «Die Schweizer Öffentlichkeit, die eidgenössischen Räte und die Wirtschaft werden aufgefordert, sich auch mit der Geschichte der Beziehungen der Schweiz zum Apartheid-Regime in Südafrika zu befassen.» Die Resolution wird, ergänzt um die Erwähnung Rhodesiens, bei einer Gegenstimme angenommen.

Bern, 7. Oktober 1998

Für das Protokoll: Gabriela Bader und Felix Wirz